

KURZ UND PRÄGNANT

Thüringen ist familienfreundlich

„Es geht heute mehr um Qualität und eine familienorientierte Personalstrategie, um Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes, gute Entlohnung und individuelle Lösungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, sagte Ina Leukefeld, LINKE-Arbeitsmarktpolitikerin, zur Netzwerkkonferenz Thüringer Allianz für Familie und Beruf am 24. November in Erfurt. Wie Familienministerin Heike Werner feststellte, sind die Rahmenbedingungen für Unternehmen und Beschäftigte in Thüringen günstig. Es gibt eine verlässliche Kinderbetreuung und familienfreundliche Kommunen. Die Zahl der Beschäftigten steigt und Thüringen ist bei der Erwerbsquote von Frauen Spitze in Deutschland.

Vor allem die Unterstützung von Alleinerziehenden bei Ausbildung, Qualifizierung und Arbeit sollte stärker in den Mittelpunkt gestellt werden, so die Landtagsabgeordnete. Die Gleichstellung von Frau und Mann hinsichtlich der Betreuung von Kindern oder bei der Pflege von Familienangehörigen erfordert nicht nur Verständnis vom Arbeitgeber, sie sei auch eine Herausforderung für die Familien und die gesamte Gesellschaft.

Frauen in Thüringen sind gern erwerbstätig, oft auch wegen der ökonomischen Unabhängigkeit vom Partner. So arbeiten zwar überdurchschnittlich viele Frauen in Thüringen in Teilzeit, auch um mehr Zeit für die Familie zu haben, aber eine Studie hat gezeigt, dass 64 Prozent von ihnen das unfreiwillig tun. ■

Freude über Nachwuchs in der Linksfraktion



Zu Beginn der Fraktionssitzung am 23. November Gratulation für Kati und Thomas Engel, die ihr zweites Kind bekommen haben. Auf ihren Bruder Aviv Meir, der am 5. Oktober geboren wurde, ist die zweijährige Tochter Shira Golanz stolz. Dank auch der tatkräftigen Unterstützung ihres Mannes kann Kati Engel jetzt wieder einsteigen in die Arbeit als Sprecherin der Fraktion für Ausbildung sowie Kinder- und Jugendpolitik.

Foto: Diana Glöckner ■

EU-Abgeordnete der Linksfraktion in Erfurt

Im Thüringer Landtag u.a. zu Herausforderungen linker Regierungsbeteiligung diskutiert

Abgeordnete der Linksfraktion des Europaparlaments (GUE/NGL) haben am 17. November im Plenarsaal des Thüringer Landtags auf einer erweiterten Fraktionsvorstandssitzung Erfahrungen und Herausforderungen linker Regierungsbeteiligungen und die Integration von Migranten beraten und diskutiert.

Nach der Eröffnung durch die Thüringer EU-Abgeordnete Gabi Zimmer, Präsidentin der Linksfraktion GUE/NGL, waren die Europaparlamentarier gespannt auf die Berichte zur ersten Regierungskoalition unter einem LINKEN Ministerpräsidenten in Deutschland.

„Wir setzen unsere Schwerpunkte auf Bildungsgerechtigkeit, spürbare Fortschritte in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, bei der öffentlichen Daseinsvorsorge und nicht zuletzt für mehr Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie“, hatte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag, auf den rot-rot-grünen Fahrplan verwiesen.

Allerdings beschränke sich die DIE LINKE nicht aufs Regieren und eine kritische Bewegung dahinter sei sehr wichtig. Dabei gehe eine Dreier-Koalition nur auf Augenhöhe, hatte Ministerpräsident Bodo Ramelow betont und



auf die Anstrengungen der Landesregierung verwiesen, „damit dieses Land auch im Jahr 2020 noch handlungsfähig ist“.

Nach der Diskussionsrunde zum Umgang der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten mit Flucht, Migration und Asyl ging es bei der öffentlichen Podiumsdiskussion am Abend gemeinsam mit spanischen und portugiesischen Europaabgeordneten um aktuelle Herausforderungen für die Linke in Spanien und Portugal. Am nächsten Tag besuchten die EU-Abgeordneten die Gedenkstätte Buchenwald und gedachten der Opfer des Nationalsozialismus. Anschließend fand eine Debat-

te mit Wissenschaftlern über das „Europäische Erbe Buchenwalds und den heutigen Kampf gegen die extreme Rechte“ statt.

Die Linksfraktion GUE/NGL im Europaparlament (deutsch: Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke) besteht aus 52 Abgeordneten, aus 19 Delegationen und Unabhängigen aus 14 EU-Mitgliedstaaten. Gabi Zimmer ist seit 2012 Fraktionsvorsitzende.

Die größten Delegationen sind DIE LINKE aus Deutschland, Podemos und Izquierda Plural aus Spanien, die griechische SYRIZA und die irische Sinn Féin. ■

MDR-Staatsvertrag zügig novellieren

Der MDR-Staatsvertrag muss zügig novelliert werden. Dieser Aufgabe müssen sich die drei MDR-Sitzländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gemeinsam stellen und rasch zu einer Vertragsreform kommen – so lautete das Fazit eines gemeinsamen Treffens der medienpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen von DIE LINKE (MdL André Blechschmidt), SPD (MdL Dr. Werner Pidde, MdL Holger Hövelmann, MdL Dirk Panter) und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (MdL Madeleine Henfling, MdL Dr. Claudia Maicher) aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

An der Beratung im Landtag in Erfurt hatten auch der Thüringer Staatssekretär für Medien, Malte Krückels, Prof. Dr. Gabriele Schade als Mitglied des MDR-Rundfunkrats, der Thüringer Landesfunkhausdirektor Boris Lochthofen und der Medienrechtler Prof. Dr. Dieter Dörr teilgenommen. Novellierungsbedarf sehen die mitteldeutschen Medienpolitiker vor allem im Hinblick auf eine veränderte Besetzung der MDR-Gremien. In Anlehnung an das Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Staatsferne des ZDF soll künftig auch die Gremienzusammensetzung beim MDR von größerer Staatsferne und Pluralität gekennzeichnet sein. Zudem müssten bei der Novellierung des Staatsver-

trags Fragen der Digitalisierung und der Trimedialität berücksichtigt werden. Auf der Basis eines solchen modernen Staatsvertrags könne der MDR zukunftsfähig aufgestellt werden.

Einig sind sich die Medienpolitiker auch darin, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk hohe Relevanz für den freien Zugang aller Bürger zu glaubwürdigen Informationen besitze. Die Demokratie sei angewiesen auf informierte und entscheidungsfähige Bürger. Der Medienrechtler Prof. Dieter Dörr zitierte in diesem Sinne den ehemaligen ZDF-Justiziar, Prof. Dr. Carl-Eugen Eberle, welcher bemerkte, dass Bürgerinnen und Bürger „Inseln der Glaubwürdigkeit“ benötigten und dass dies umso mehr angesichts der Herausforderungen des digitalen Zeitalters gelte.

Thematisiert wurde auch eine erweiterte Definition des kulturellen Auftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, welcher sich noch stärker der Vermittlung von gemeinsamen demokratischen Grundwerten widmen sollte. Das gelungene Fachgespräch am 17. November wurde als Auftakt für regelmäßige Diskussionsformate verstanden, bei denen zukünftig gemeinsam über wichtige Themen und Herausforderungen der Medienentwicklung beraten werden soll. ■

Guter Entwurf für Inklusion im Schulgesetz

„Entgegen allen Unkenrufen hat das Bildungsministerium einen ausgewogenen und zukunftsweisenden Vorschlag zur Umsetzung des Menschenrechts auf inklusive Beschulung vorgelegt“, so MdL Torsten Wolf nach der Vorstellung des Inklusionsteils des neuen Schulgesetzes im Inklusionsbeirat. „Einerseits wird inklusive Beschulung als Prinzip festgeschrieben, andererseits den Schulen die Entwicklung hin zu inklusiven Schulen als Prozess ermöglicht. So ist die Beschulung an den Förderzentren nur noch bei manifestem und dauerhaftem Förderbedarf in den Bereichen geistige Entwicklung, Hören und Sehen sowie motorische Entwicklung vorgesehen. Schüler können auch zukünftig am Förderzentrum beschult werden, wenn die personellen und sächlichen Voraussetzungen für den gemeinsamen Unterricht nicht vorhanden sind. Neben der Einstellung zusätzlicher Förderpädagogen, die wir als LINKE unterstützen, werden wir uns auch für die Verdoppelung der Zahl der Schulpsychologen und mehr Schulsozialarbeit stark machen. Dies alles sind ausgehandelte Teile des Koalitionsvertrages, die bei hervorragender Haushaltslage nun endlich auch mit dauerhaften Stellen unteretzt werden müssen. Hierfür sollten Rücklagen aus den Überschüssen gebildet werden.“ ■